

79,50	79,50
90,75	90,75
62,80	62,80
58,10	57,70
67,70	67,80
57	56,875
77,25	77,75
84	85
87	88
96,10	96,10
87,50	89,75
109	108
99,75	99,75
84	88
29,50	325
38	452
79	370
56,50	479
40,25	338
17	339
98,75	189,50
30,50	655
80,25	179
89	299,75
25	925

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechszeilige Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizehnzeilige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Trahtendruck: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 245

Mittwoch den 20. Oktober 1920

70. Jahrgang

Montag, den 25. Oktober und Dienstag, den 26. Oktober 1920 können wegen Reinigung der Gerichte zur künftigen Geschäftsriebe erledigt werden. Amtsgericht Lichtenstein-Callnberg, den 20. Oktober 1920

Lebensmittelverkauf.
Schweinefleisch, Landesfleisch, Abschnitt C 125 Gramm 4,60 M.
Städtisches Lebensmittelamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die radikalen Betriebsräte in Groß-Berlin leiteten in den Fabrik-Sammlungen für den Kampffonds zur Herbeiführung der Sowjetrepublik in Deutschland ein.
Der „Frankf. Sta.“ zufolge erschienen in drei Mainzer Schulen französische Kriminalpolizeibeamte und Gen darmen und behaupteten, daß sich in den Kellern der Schulgebäude Waffen- und Munitionslager befänden. Eine bis ins Kleinste durchgeführte Untersuchung, bei der sogar Wände eingestrichen wurden, erwies die Unhaltbarkeit der Behauptung.
Die Verhandlungen in Paris über den Danzigpolnischen Staatsvertrag, von dem Danzigs endgültiges Schicksal abhängt, sind nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Es besteht die Gefahr, daß weder der polnische noch der Danziger Entwurf die Grundlage bilden.
Der Völkerverbund wird in seiner heute in Paris beginnenden Tagung sich mit dem Konflikt zwischen Polen und Litauen, mit der Frage der Malandinseln, weiter mit der Vorbereitung der am 15. November in Genf beginnenden Völker-versammlung beschäftigen.
Bei einer in Prag stattgefundenen Demonstration um Verbilligung des Zuckers, die nicht zugelassen werden konnte, wurden 9 Personen verletzt.
„Daily Telegraph“ zufolge verläuft, daß man als König für den ungarischen Thron entweder einen spanischen Prinzen oder den zweiten Sohn des Königs von Belgien auszuwählen habe.
Trojitz predigt neuen Krieg, besonders gegen Frankreich und seinen Verbündeten, General Wrangel.
Wie aus Sofia gemeldet wird, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in welcher sie die Auslieferung von 507 Militär- und Zivilpersonen verlangt. Auf der Liste befinden sich der gewesene König Ferdinand und sein Ministerpräsident Radosslawow.
„Telegraph“ meldet aus London: Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Mit Ausnahme der allernotwendigsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entmalkung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig. Falls der Streik nicht bis Ende Oktober beendet ist, sollen auf den Gruben auch die Kohlenarbeiten nicht mehr erledigt werden.

Die Genfer Konferenz gesichert.

London, 19. Oktober.

Wie Reuters erklärt, sind die französische, die englische und die belgische Regierung einmütig der Meinung, daß es wünschenswert ist, in Genf eine Konferenz abzuhalten, um mit den deutschen Delegierten über die Entschädigungen zu beraten. Die drei Regierungen sind gegenwärtig mit Beratungen beschäftigt, die bezwecken, den genauen Charakter und die Obliegenheiten einer Vorkonferenz der Sachverständigen festzusetzen, deren Notwendigkeit anerkannt worden ist. Deutschland wird auf beiden Konferenzen vertreten sein.

Paris, 19. Oktober.

Nach einer Londoner Meldung des „Journal“ sind die Vorschläge der französischen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage in London nicht günstig aufgenommen worden. Eine gestern abgegangene neue Note Lord Curzons erklärte, das Abkommen von Spa schließe in sich die vollständige Ausschaltung der Wiedergutmachungskommission. Die englische Regierung sei geneigt, alle technischen Beratungen anzunehmen, um die Regelung zu beschleunigen, aber sie sei der Ansicht, daß ihre Auslegung des Abkommens von Spa als auf Tatsachen beruhend angesehen werden müsse. Die Note sei sehr höflich im Ton, aber sie bringe die Meinungsverschiedenheit klar zum Ausdruck. Die Verhandlungen würden fortgesetzt. Der Vertreter des „Journal“ in London sagt hinzu, man schreibe Lloyd George die Absicht zu, eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten zusammenzubringen, an der nicht nur die alliierten Ministerpräsidenten, sondern auch die von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien teilnehmen sollen. Nach dem „Evening Standard“ würden zu dieser Konferenz die Ministerpräsidenten aller europäischen Staaten einberufen werden.

In einem Leitartikel über die Entschädigungsfrage macht das „Journal des Debats“ Frankreich den Vorwurf, daß es in dieser Frage keine Methode gehabt habe und dadurch Zeit verloren hätte. Man müsse jetzt zu ersten Ergebnissen gelangen. Das Journal, das er an die interessierten Länder erlassen habe, beweiße, daß er die Gefahr erkannt habe, die für seine eigene Autorität und für den allgemeinen Frieden daraus entstehen könne, wenn man die Sache noch länger hinstelle. Er verlange Aufklärungen bis zum 1. November. Man müsse sich wundern, daß er sie jetzt, ein Jahr nach Friedensschluß, noch nicht bestimme. Frankreich habe das größte Interesse, bei seinen Freunden und bei seinen ehemaligen Feinden jeden Argwohn zu zerstreuen. Es dürste weder in London noch in Berlin die Ansicht aufkommen lassen, daß man die Abschätzung der Schäden zu hoch greife und daß man die Aufstellung der Konti verzögere, um sich Gelegenheit zu diplomatischen oder militärischen Prestigionen zu verschaffen. Nur eine loyale und korrekte Politik könne Frankreich den Beistand seiner Alliierten sicherstellen und seinem Schuldner den Respekt für Frankreichs Recht aufzwingen und die Rückkehr zum normalen Leben vorbereiten.

Alle schönen Reden werden Frankreich kaum zur Ver-nunft bringen, es will eben der Blutegel Deutschlands bleiben, um durch dessen Drangsalierung seinen Rachedurst stillen zu können.

Wie wir ausgeplündert werden.

Die Bezüge der Entente-Kommissionen.

Die „Daily News“ berichten, daß sich Paris kürzlich über die hohen Bezüge der Mitglieder der verschiedenen interalliierten Kommissionen in Deutschland aufgehalten habe. Diese Bezüge sind nach Angaben der „Daily News“ dermaßen hoch, daß sie in der Öffentlichkeit wiedergegeben zu werden verdienen. Wenn man die Einkünfte von verschiedenen Angehörigen der interalliierten Kommissionen in Deutschland mit denjenigen deutscher hoher Beamter vergleicht, so ergibt sich, daß ein Präsident einer interalliierten Kommission fünfmal mehr als der deutsche Reichszan-ger und siebenmal mehr als der Reichswehrminister erhält. Ein Oberst bekommt dreimal mehr als der Reichszan-ger und viermal mehr als der Reichswehrminister. Ein Leutnant wird weieinhalbmal besser als der Reichszan-ger und dreieinhalbmal besser als der Reichswehrminister bezahlt. Ein Offizier ohne besonderes Kommando erhält eineinhalbmal so viel als der Reichswehrminister und 5000 Mark jährlich mehr als der Reichszan-ger.

Ferner wird in den „Daily News“ (wie schon kurz mitgeteilt) festgestellt, daß die Einkünfte eines einfachen Soldaten der interalliierten Kommissionen dieselben sind wie die des deutschen Reichswehrministers. Das Blatt schreibt weiter, daß sich die von Deutschland für die interalliierten Kommissionen zu zahlenden Unterhaltungslosten schätzungsweise auf 200 Millionen Mark belaufen, was zwei Drittel der Aufkosten gleichkommt, welche Deutschland für die Unterhaltung seines Heeres vor dem Kriege jährlich zu zahlen hatte. Es ist festgestellt, daß seit jeder den interalliierten Kommissionen in Berlin angehörende Soldat auf einer oder der anderen der Berliner Banken ein großes und schnell anwachsendes Konto besitzt, und daß viele Offiziere ohne besonderes Kommando, unzufrieden mit den ihnen von der deutschen Behörde zugewiesenen Wohnungen, sich moderne Villen in den feinsten Vororten der Stadt Berlin gemietet haben.

Im jüngsten französischen Ministerrat wurde, wie gestern gemeldet, mitgeteilt, daß die Budgetausgaben, die durch die in Ausführung des Friedensvertrages eingehenden Beträge gedeckt werden, 16 575 Millionen Francs betragen. Da der französische Franc ungefähr 4 einhalbmal so hoch steht wie die deutsche Mark, hätte Deutschland im kommenden Jahre allein an Frankreich die ungeheuerliche Summe von über 70 Milliarden Mark abzuführen, wobei die vorerwähnten Bezahlungskosten nicht berücksichtigt sind.

Weitere Steigerung der Kosten für die Entente-Kommissionen.

Berlin, 19. Oktober. Die Ententeüberwachungskommission wurde am 15. d. Mts. um 43 neue Beamte vermehrt. Mit einer weiteren Erhöhung der Kosten für die Entente-Kommission ist infolgedessen für den Reichsetat zu rechnen.

Eröffnung des Reichstages.

Berlin, 19. Oktober.

Der Reichstag hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Im Balltothause herrscht Hochbetrieb. Eine große Zahl von Volksboten hat sich aus allen Teilen des Reiches eingefunden. Auch Herr Erzberger eilt geschäftig in der Wandelhalle umher, frisch, rund und rosig; ganz, als wenn nie etwas vorgefallen wäre. Er umschließt wieder mächtig die Kämter und ist nun auch bis zur Tür des Balltothaus glück-lich abermals vorgebrungen. Der Präsident die Sitzung eröffnet, hatte der Kellereiausschuß schon vorgearbeitet und einen Arbeitsplan für die nächsten Tage vorgelegt. Danach ist die große politische Aussprache erst nächste Woche zu erwarten. Der Präsident gedachte in ernst und würdigen Worten der schweren Anfechtungen, die die Deutschen in Oberösterreich zu erdulden haben. Er dankte für ihre Treue und ermahnte sie auszuhalten bis zu dem Tage an dem sie erlöst werden, von fremdem Drud und fremder Bejahung. Er stellte dann fest, daß sich der Reichstag mit dem Pro-gramm der Reichsregierung gegen die Verfälschung der Volksmeinung von Eupen und Malmedy anschließt. Worte des Dankes widmet er den Deutschen in Kärnten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag kommen wird, wo sich alle Deutschen brüderlich wieder vereinigen. Das Haus be-geleitet die Ausführungen des Präsidenten mit lebhaftem Beifall.

Der Reichstag verlagte sich nach Erledigung von 35 kleinen Anfragen auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abgeordneter Ledebour (Soz.) einen Antrag der Unabh. (soz. Fraktion (Zuruf: Welcher? — Heiterkeit) auf die Tagesordnung zu setzen, in dem Einspruch erhoben wird, gegen die Ausweisung der Russen Sinowjew und Lojowski (Heiterkeit bei den bürgerlichen Parteien). Wir sind grundsätzlich gegen solche Ausweise, weil wir grundsätzlich gegen die Anwendung terroristischer Mittel sind. (Schallende Heiterkeit.) Präsi-dent Loebe stellt fest, daß der Antrag heute nur auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, wenn kein Widerspruch erfolgt. Schulz-Bromberg, der Deutschnationale, aber tut das. „Es ist zwar richtig, daß der Kell — Sinowjew — so bald als möglich hinausgeworfen wird; so wichtig aber, daß man hier unvorbereitet berate, sei die Sache doch nicht!“

Die Arbeiten des Reichstages.

Berlin, 19. Oktober. Der Kellereirat des Reichstages beschloß, den Gesetzentwurf betr. Kapitalflucht erst morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Deshalb soll der Antrag Aderhold (Unabh.) betr. Ausweisung der Russen Sinowjew und Lojowski morgen beraten werden. Donnerstags bleibt Sitzungsfrei, um dem Auschuß für auswärtige Angelegenheiten Zeit zur Beratung zu geben. Es soll u. a. über die Autonomiefrage Oberösterreichs verhandelt werden. Am Freitag kommt die Interpellation über die Lage in den besetzten Gebieten zur Verhandlung. Sodann wird bis einschließlich Dienstag der kommenden Woche eine Pause eintreten, da an diesem Tage der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei stattfindet. Mittwoch, den 27. d. M. wird der Reichszan-ger und der Finanzminister über die poli-tische und wirtschaftliche Lage sprechen. Hieran wird sich eine auf 4 Tage berechnete politische Aussprache mit behan-delt werden.

Deutsches Reich.

Die Spaltung in der Unabhängigen Partei Sachsens. (3.) Dresden. Mit der Abstimmung in Halle ist selbstverständlich auch innerhalb der Unabhängigen Partei Sachsens die Spaltung vollzogen. Die sächsische Partei-leitung gibt jetzt bekannt, daß die vom deutschen Partei-vorstand herausgegebenen Richtlinien, nach denen Mitglie-der, die die 21 Anschließbedingungen der kommunistischen Moskauer Internationale anerkannt haben, ihre Mitgliedschaft in der U.S.P.D. aufzugeben und sich der kommunisti-schen Partei-Sektion der dritten Internationale anzuschließen haben, von jetzt ab von allen sächsischen Organisations-leitungen und Parteimitgliedern durchzuführen und zu be-achten sind. Alle diese Mitglieder werden aus den Mit-gliederlisten gestrichen und sie können öffentliche Kämter oder politische Vertretungen im Namen der Partei nicht mehr ausüben. Von den sächsischen Delegierten stimmten 23 für den Anschluß an die Moskauer Zentrale und 48 dagegen.